

Geschäftsführer Sebastian Chwala

Bahnhofstr. 6
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 6. Oktober 2017

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 29.9.2017

**Lokschuppen-Verkauf, Christustreff, Kita-Gebühren-Befreiung und G20-
Proteste**

Am letzten Freitag kam die Marburger Stadtverordnetenversammlung zu ihrer monatlichen Sitzung zusammen. Dabei standen unter anderem Debatten über die Zukunft des Lokschuppens, unsere Forderung nach einer Distanzierung des Christustreffs (CT) von sogenannten Therapien für Homosexuelle, und die Forderung nach einer vollständigen Befreiung der Eltern von Gebühren für die Kinderbetreuung in Marburg auf der Tagesordnung.

Marburger Linke lehnt Lokschuppenverkauf trotz Klarstellungen des Christustreffs ab

Es gelang der Fraktion der Marburger Linken nicht, die Große Koalition davon zu überzeugen, dass ein Verkauf des Lokschuppens an eine Bietergemeinschaft, bestehend aus den Investoren Schneider und Christmann+Pfeiffer, die falsche Entscheidung sei. Mehr Erfolg hatte die Fraktion aber damit, den Christustreff, der als wichtiger Akteur im Rahmen der Neukonzeptionierung der Nutzung des Lokschuppens auftritt, dazu zu bewegen, sich vor den Stadtverordneten und Gästen der Parlamentssitzung von jeglichem Versuch, „Heilung“ von schwulen und lesbischen Menschen von ihrer sexuellen Orientierung vorzunehmen, zu distanzieren. Bis zuletzt stand der Christustreff mit Organisationen in freundschaftlichem Kontakt, die Homosexualität als Krankheit betrachten, von der man genesen könne. Dass am letzten Freitag während der Stadtverordnetenversammlung vonseiten des CT der Durchführung sogenannter „Konversionstherapien“ eine Absage erteilt wurde, ist ein Ergebnis einer monatelangen öffentlichen Debatte, die von Akteuren aus der Stadtgesellschaft und der Marburger Linken angestoßen wurde und anscheinend innerhalb des Christustreffs zu einem Umdenken geführt hat. Wir haben unseren CT-kritischen Antrag anschließend zurückgezogen, werden aber in Zukunft darauf achten, ob den Worten der Verantwortlichen des Christustreffs auch Taten folgen werden.

Trotzdem, die Rolle die dem Christustreff im Nutzungskonzept für den Lockschuppen der siegreichen Investoren eingeräumt wird, sehen wir weiterhin sehr kritisch. Zudem halten wir es für falsch, wie der Lockschuppen in Zukunft genutzt werden soll. So sehen Schneider und Christmann+ Pfeiffer die Schaffung von Räumlichkeiten für Großveranstaltungen und Gastronomie vor. Dies ist keine Ergänzung zu den schon vorhandenen Einrichtungen. Dies bietet das Kulturzentrum Waggonhalle und die Gaststätte Rotkehlchen bereits an. Jetzt droht die Verdrängung dieses wichtigen kulturellen Trägers in der Stadt Marburg durch die renditenorientierten Vorhaben der Investoren. Zusätzlich droht die Zerstörung eines Kulturdenkmals, denn der Denkmal-

schutz, unter dem der Lokschuppen steht, findet im siegreichen Konzept kaum noch Beachtung. Die Marburger Linke lehnt diese Privatisierung öffentlichen Eigentums ab und wird Widerstand gegen das Vorgehen des Magistrats unterstützen.

Doch keine Abschaffung der Gebühren für Kinderbetreuung?

Wie schon in der Debatte um den Lokschuppen, stimmte die Marburger GroKo auch gegen einen von den Grünen gestellten Antrag, der von der Marburger Linken unterstützt wurde, jegliche Form von Kinderbetrieungsgebühren, einschließlich der Gebühren für Krippen und Kindertagespflege, in Marburg abzuschaffen. Diesen Schritt hatte OB Spies in der letzten Sitzung des Stadtparlaments vor der Sommerpause im Juni angekündigt. Am Freitag wollte der Oberbürgermeister davon aber nichts mehr wissen, sondern zog sich auf die Argumentation zurück, dass dies von den Mitteln abhängig sei, die die hessische Landesregierung Marburg zur Schaffung einer kostenfreien Kita-Betreuung zur Verfügung stelle.

Wieder einmal bringt es die Sozialdemokratie also nicht fertig, ihre eigenen Ankündigungen in die Tat umzusetzen. Gerade Gebührenfreiheit im Bereich von Bildung und Betreuung wird von der SPD immer gerne postuliert, um dann aus Kostengründen wieder fallen gelassen zu werden. Marburg ist aber eine finanzstarke Gemeinde, die keine Probleme hätte, die Eltern zu entlasten, wenn man nur die Marburger Pharmaunternehmen ein wenig mehr zur Kassen bitten würde.

CDU scheitert mit Antrag zu G20

Der aktuelle Rechtsruck in Deutschland macht sich auch in Marburg bemerkbar. So wollten die Marburger Christdemokraten mit einem rechtzeitig vor der Bundestagswahl eingebrachten Antrag allen Ernstes erreichen, dass sich Marburg von „linksextremistischen“ Organisationen wie der Marburger Attac-Gruppe distanzieren. Sie hatten aktiv an den Protesten gegen den G20-Gipfel Anfang Juli in Hamburg teilgenommen. Die CDU wollte sie pauschal für die Übergriffe auf Geschäfte im Hamburger Schanzenviertel mitverantwortlich machen. Selbst neutrale Beobachter und Anwohnerinnen und Anwohner bezweifeln aber die Beteiligung linker Aktivisten an den Ausschreitungen und sprechen inzwischen eher von Krawalltourismus, der in Hamburg sichtbar geworden sei. Die Marburger CDU versuchte mit diesem Antrag eine Delegitimierung des friedlichen, politischen Protestes zu erreichen. Zusätzlich verlangte die CDU eine Solidarisierung mit den Einsatzkräften der Polizei. Allerdings ist auch in deren Vorgehen inzwischen mehr als umstritten. Nicht wenige Beobachter sagen, dass das aggressive Vorgehen der Polizeikräfte Eskalationen erst ermöglicht habe.

Die Marburger Linke hatte in einem Änderungsantrag gefordert, dass die Stadtverordnetenversammlung die friedlichen Protesten gegen den G20-Gipfel und die Teilnahme von Marburger Organisationen begrüßen, sich von Gewalt distanzieren und die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit kritisieren solle.

Der Antrag der CDU wurde vom Parlament abgelehnt. Unserem Änderungsantrag mochte allerdings GroKo-Partner SPD nicht zustimmen, sodass er trotz Unterstützung durch die Grünen ebenfalls keine Mehrheit fand.

Insgesamt standen ein Dutzend Anträge der Marburger Linken auf der Tagesordnung. Die meisten davon - etwa zu einem Radweg auf die Lahnberge oder zu einem Nulltarif im ÖPNV - wurden auf die nächste Sitzung verschoben.

Zustimmung fand ein Antrag, der eine "verbindliche und transparente Regelung für Wahlwerbung an und in Bussen" der Stadtwerke forderte. Dadurch soll eine Bevorzugung einer Partei (wie jüngst der SPD) vermieden werden.

Die Einführung einer Informationsfreiheitssatzung soll auf Antrag von Piraten und Linken geprüft werden.

Keine Solidarität mit der Bundeswehr!

Vor der Stadtverordnetenversammlung protestierten Mitglieder der Friedensbewegung gegen die mit einem FDP/MBL-Antrag geforderte Beteiligung der Stadt an der Aktion "Gelbe Schleife, des Fördervereins der Division Schnelle Kräfte (DSK), die u.a. in Stadtallendorf stationiert ist. Mit dieser "Würdigung und Wertschätzung der Bundeswehrsoldaten" soll offensichtlich für stärkere Akzeptanz von Bundeswehreinsätzen im Ausland geworben werden. Der Antrag wurde auf die nächste Sitzung verschoben. Da Teile der SPD ihm zustimmen wollen, ist eine Annahme des Antrages nicht ausgeschlossen.

Mit freundlichen Grüßen

Eure Fraktion der Marburger Linken

Renate Bastian

Jan Schalauske

Tanja Bauder-Wöhr

Roland Böhm

Henning Köster-Sollwedel

Elisabeth Kula

Jonathan Schwarz

Inge Sturm